

Beschlußantrag

der Abgeordneten Mayrhofer, Ing. Hofstetter und Genossen,
betreffend Prüfung der Möglichkeit der Einhebung einer
Abgabe für das Halten von Pferden, eingebracht in der
Sitzung des Wiener Landtages am 29. Oktober 1979.

In § 14 Abs. 1 Z. 10 des geltenden Finanzausgleichsgesetzes
sind als ausschließliche Gemeindeabgaben Abgaben für das
Halten von Tieren vorgesehen. Soweit bekannt ist, werden in
den Ländern auf Grund dieses finanzausgleichsgesetzlichen
Tatbestandes Abgaben für das Halten von Hunden eingehoben.
Die Gesetzesstelle würde jedoch nach Auffassung der Antrag-
steller auch die Grundlage zur Besteuerung der Haltung von
anderen Tieren, z.B. Pferden, bieten. Die unterzeichneten
Abgeordneten stellen daher gemäß § 36 (4) der Geschäfts-
ordnung für den Landtag folgenden

Beschlußantrag:

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Das Amt der Wiener Landesregierung wird beauftragt, zu prü-
fen, ob die Einhebung einer Abgabe für das Halten von
Pferden rechtlich möglich und zweckmäßig erscheint.

Gemäß § 28 (3) der Geschäftsordnung für den Landtag wird
die Zuweisung dieses Beschlußantrages an den Amtsführenden
Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik beantragt.

Wien, am 29. Oktober 1979

